

591 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

Bericht des Justizausschusses

über die Regierungsvorlage (415 der Beilagen): Bundesgesetz zur Anwendung des Übereinkommens über den Widerspruch bei international gehandelten Inhaberpapieren

Das Übereinkommen des Europarats über den Widerspruch bei international gehandelten Inhaberpapieren vom 28. Mai 1970 sieht vor, daß jede Vertragspartei dem Generalsekretär des Europarats Namen und Anschrift der nationalen Stelle zu notifizieren hat, die in ihrem Hoheitsgebiet mit der Wahrnehmung der ihr durch dieses Übereinkommen zugewiesenen Aufgaben beauftragt ist.

Diese Aufgaben sind im wesentlichen die Entgegennahme des Widerspruchs und Veranlassung seiner internationalen Veröffentlichung sowie die Veranlassung der Einstellung.

Als nationale Stelle in Österreich kommt die Wiener Börsekammer in Betracht, die in allen Angelegenheiten betreffend Wertpapiere über die größten Erfahrungen verfügt und durch eine entsprechende Einrichtung in der Lage ist, die Aufgaben der nationalen Stelle zu besorgen.

Der vorliegende Gesetzentwurf regelt daher

- die Betrauung der Wiener Börsekammer mit den Ausgaben der nationalen Stelle und die von der Wiener Börsekammer für Anträge auf internationale Veröffentlichung eines Widerspruchs einzuhebenden Gebühren (§ 1),

- die Voraussetzungen, unter denen die Wiener Börsekammer als nationale Stelle ohne Einschreiten eines Gerichtes die Einstellung einer internationalen Veröffentlichung veranlassen kann (§ 2),
- die inländische Gerichtsbarkeit, die sachliche und örtliche Zuständigkeit und das anzuwendende Verfahren (§ 3),
- die Voraussetzungen, unter denen das Gericht die Einstellung der Veröffentlichung auszusprechen hat (§ 4),
- die Veröffentlichung im Inland, sofern diese nach den Durchführungsvorschriften zum Übereinkommen von jeder einzelnen nationalen Stelle vorzunehmen ist (§ 5) und
- die Zahlungssperre (§ 6).

Der Justizausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 24. Juni 1977 in Verhandlung genommen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter der Ausschußobmann Abgeordneter Zeillinger beteiligte, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Justizausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (415 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1977 06 24

Dr. Marga Hubinek
Berichtersteller

Zeillinger
Obmann